

FIAN International
International Secretariat
Willy-Brandt-Platz 5
69115 Heidelberg
Germany

Suarez-Franco@fian.org
Tel: +49 6221 65300 30
Fax: +49 6221 65300 33

ASK Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien
Schwanengasse 9
CH 3011 Bern
Switzerland

kommunikation@askonline.ch
Tel: +41 31 311 40 20
Fax: +41 31 312 40 45

Heidelberg, Genf, 19. Februar 2013

Herr Präsident
Juan Manuel Santos
Presidente de la República de Colombia
Carrera 7 # 6-54
Santa Fé de Bogotá, Colombia

fax: +57 1 337 5890
secretaria.privada@presidencia.gov.co

Sehr geehrter Herr Präsident,

die unterzeichnenden Organisationen wenden sich an Sie, um unsere tiefe Besorgnis in Bezug auf die humanitäre Krise, in der sich die 130 Familien der Gemeinde El Hatillo (Gemeindebezirk El Paso, Department Cesar) befinden, zum Ausdruck zu bringen. Laut der Aussagen der Gemeinde und derjenigen, die sich für die Menschenrechte der Gemeindemitglieder einsetzen, haben der Mangel an Lebensmitteln, die gesundheitsgefährdenden Lebensbedingungen aufgrund der Luftverschmutzung durch die umliegenden Kohletagebaue und die hohe Arbeitslosigkeit eine humanitäre Krise von ungeheurem Ausmaß ausgelöst.

Die Gemeinde El Hatillo ist eine Kleinbauerngemeinde, die ein Gebiet bewohnt, in dem in den 90er Jahren Kraftwerkskohle gefunden wurde. In der Folge wurde das Land dieser Region an einige Bergbauunternehmen übergeben und für den Bergbau konzessioniert. Seither wurden die Lebensbedingungen der Bauern und Bäuerinnen beeinträchtigt: Die räumliche Nähe zu den Tagebauen gefährdet die Gesundheit der Menschen aufgrund der Luftverschmutzung durch die Kohlegewinnung im Tagebau. Die Bewohner müssen am Rande einer Abraumhalde leben, die sich weniger als 200 Meter von ihren Häusern entfernt befindet. Mehr als 50 Prozent der Bewohner leiden an Problemen der Atemwege, der Haut oder der Augen.¹ Darüber hinaus haben die geringeren Ernten aufgrund der reduzierten Anbauflächen, die geringeren Fischvorkommen im nahe gelegenen Fluss und die hohe Arbeitslosenrate als Folge der Bergbauaktivitäten die Gemeinde in eine Situation großer Armut gestürzt. Damit verbunden ist aktuell eine gravierende Ernährungs Krise.

Im Jahr 2010 ordnete das zuständige Ministerium für Wohnen und Regionalentwicklung die Umsiedlung der Gemeinde El Hatillo sowie der Gemeinden Plan Bonito und Boquerón durch die in der Region tätigen Bergbaukonzerne an.² Die Unternehmen beanstandeten die Anordnung

1 "Informe de estudio poblacional sobre prevalencia de enfermedades relacionadas con la contaminación ambiental en la vereda El Hatillo – Corregimiento La Loma- Municipio del Paso", abril 5-7 de 2011.

2 Resolución 0970 del 20 de mayo del 2010.

und versuchten, die Umsiedlungsverpflichtung zu verhindern.³ Nach den uns vorliegenden Aussagen verläuft der Umsiedlungsprozess sehr schleppend und es ist bislang noch nicht gelungen, einen Übergangsplan umzusetzen. Dieser soll die größten Nöte der Betroffenen während des Umsiedlungsprozesses lösen. Das Fehlen eines solchen Übergangsplans hat mit zu der aktuellen Krisensituation geführt.⁴

In den letzten Wochen hat sich die Situation dramatisch verschärft: Aufgrund der anhaltenden Trockenheit haben sich die Ernte- und Fischfangerträge weiter verringert. Die starken Winde, haben die Staubbelastung aus den Minen verstärkt, dadurch die Gesundheitsprobleme vergrößert und insbesondere zu einer erhöhten Zahl von Atemwegserkrankungen geführt. Die aktuelle Krise in den Kohleminen hat die Arbeitslosenquote weiter erhöht, sodass aktuell von den in El Hatillo lebenden Menschen (insgesamt 130 Familien) lediglich 13 einen Arbeitsplatz haben. Die Menschen verfügen somit weder über landwirtschaftliche Nutzflächen zur Selbstversorgung noch über Geldmittel, um die notwendige Nahrung kaufen zu können.

Am 28. Januar reichten *Pensamiento Acción Social* und die *Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien* eine Beschwerde (derecho de petición) bei den zuständigen staatlichen Behörden ein, um diese über die kritische Situation in El Hatillo zu informieren. Sie forderten die Einrichtung einer Lebensmittelnotversorgung für mindestens vier Monate. Dadurch soll die Zeit überbrückt werden, bis die Projekte, die durch den Übergangsplan implementiert werden sollen, Früchte tragen.⁵

Bis zum heutigen Tag haben lediglich das Büro des kolumbianischen Präsidenten, die Nationale Behörde für Umweltlizenzen und die Regionalregierung des Department Cesar auf die Beschwerde geantwortet. Doch handelte es sich dabei um schriftliche Antworten, in denen lediglich dargelegt wurde, dass die Zuständigkeit bei der Stadtverwaltung von El Paso sowie der Regionalregierung liege. Während die Behörden über die Zuständigkeit streiten, wurden bis jetzt weder auf nationaler, noch auf regionaler oder lokaler Ebene substanzielle Schritte unternommen, um die Versorgungsprobleme der Familien aus El Hatillo in angemessener Weise zu lösen.

Am Freitag, den 15. Februar besuchte eine Delegation der Regionalregierung El Hatillo. Das Team, angeführt von der Gattin des Gouverneurs und bestehend aus Ärzten, Ernährungsexperten und Journalisten untersuchte den Gesundheitszustand der Kinder und überbrachte Lebensmittelrationen. Diese werden voraussichtlich für vier bis fünf Tage reichen und stellen aus unserer Sicht keine mittel- oder gar langfristige Lösung dar. Die Regionalregierung kündigte keine weiteren Maßnahmen an, um der Versorgungskrise zu begegnen.⁶

Aufgrund der geschilderten Umstände verletzt der kolumbianische Staat internationale Verpflichtungen, an die er durch den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte gebunden ist. Die Verletzungen umfassen folgende Punkte:

- **Die Respektierungspflicht:** Der kolumbianische Staat verfolgt eine Politik, die den Bergbau im Land vorantreibt, gleichzeitig aber internationale Standards zum Schutz der Menschenrechte ignoriert. Dies führte im Fall der Gemeinde El Hatillo dazu, dass diese Politik negative Folgen für die Menschenrechte auf Nahrung, Gesundheit, Wasser, Wohnen und Arbeit sowie anderer damit zusammenhängender Rechte der Kleinbauern und –bäuerinnen hat.
- **Die Schutzpflicht:** Der kolumbianische Staat hat keine angemessenen und effektiven Mittel ergriffen, um die negativen Auswirkungen der Aktivitäten nichtstaatlicher Akteure auf ein

3 Resolución 1525 del 05 de agosto del 2010 y Resolución 0540 del 24 de marzo del 2011.

4 Comunicado Público de la Comunidad de El Hatillo del 07 de febrero del 2013.

5 Derecho de Petición de PAS y ASK de enero del 2013.

6 Comunicado Público de la Comunidad de El Hatillo del 15 de febrero del 2013.

würdiges Leben der betroffenen Gemeinden zu verhindern. Des Weiteren hat er keine Maßnahmen getroffen um sicherzustellen, dass die entstandenen Schäden entschädigt und zukünftige Schäden vermieden werden.

- **Die Gewährleistungspflicht:** Der kolumbianische Staat hat keine Maßnahmen ergriffen, die es den Betroffenen in dieser durch den Bergbau geschaffenen schwierigen Situation des erschwerten Zugangs zu produktiven Ressourcen ermöglichen würde, sich zu ernähren. Des Weiteren haben die staatlichen Institutionen, nachdem sie zugelassen haben, dass die Gemeinde in eine Situation geraten ist, in der die Menschen sich nicht mehr aus eigenen Mitteln ernähren können, weder angemessene Nahrungsmittelhilfen bereitgestellt, die die Ernährungssicherheit der Menschen gewährleisten würden, noch haben sie Maßnahmen ergriffen, mit denen die Menschen ihre Ernährungssouveränität zurückerlangen können.

Als Unterzeichnerstaat des Internationalen Paktes über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte hat der kolumbianische Staat die Verpflichtung, so schnell wie möglich und ohne jede Einschränkung sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um die Verwirklichung der genannten Rechte zu garantieren, insbesondere all derer, die auf dem Gebiet des Staates Kolumbien leben. Bezug nehmend auf die vorherigen Feststellungen fordern wir Sie höflich auf:

- Ergreifen Sie so schnell wie möglich alle notwendigen Maßnahmen, um das Menschenrecht auf Nahrung der Bauern und Bäuerinnen von El Hatillo zu garantieren. Führen Sie Maßnahmen durch, die den Menschen erlauben, auf ihrem Land die notwendigen Nahrungsmittel zu produzieren, die sie für ein autonomes und würdiges Leben brauchen (Gewährleistungspflicht). Falls dies notwendig ist, sollte der Staat vorübergehend die Mittel bereitstellen, damit die Betroffenen Nahrung erwerben können, bis sie wieder in der Lage sind, selbst ausreichend Nahrungsmittel zu produzieren.
- Ergreifen Sie die notwendigen Schutzmaßnahmen, um sicherzustellen, dass das Recht auf angemessene Nahrung und andere Rechte der betroffenen Bauern und Bäuerinnen nicht durch nichtstaatliche Akteure gefährdet wird.
- Ergreifen Sie alle notwendigen Maßnahmen, um eine angemessene Entschädigung der Schäden, die als Folge des Bergbaus in der Region entstanden sind, durch die verantwortlichen Akteure sicherzustellen.
- Ergreifen Sie alle notwendigen Kontrollmaßnahmen, um sicherzustellen, dass keine neuen Schäden entstehen.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitten Sie, uns über die im Zusammenhang mit unseren Forderungen getroffenen Maßnahmen zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen,



Flavio Valente,
Generalsekretär, FIAN International



Stephan Suhner,
Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien

Dieser Brief wird von folgenden Organisationen mitgetragen:

Colombia Solidarity Campaign, London
Kolko e.V. – Menschenrechte für Kolumbien, Berlin
FDCL – Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, Berlin
Pax Christi Deutschland, Berlin
NMRZ – Nürnberger Menschenrechtszentrum
Bund für Umwelt- und Naturschutz Koblenz
Informationszentrum Dritte Welt e.V., Dortmund
Evangelische Kirche von Dortmund und Lünen
Bündnis DEW kommunal, Dortmund

C.C.:

UN-Sonderberichterstatte für das Recht auf Nahrung, Herr Olivier de Schutter:
srfood@ohchr.org

UN-Sonderberichterstatte für Menschenrechte und extreme Armut, Frau Magdalena Sepúlveda:
sr@srpoverty.org

UN-Sonderberichterstatte für Umwelt und Menschenrechte, Herr John Knox:
ieenvironment@ohchr.org

Interamerikanische Menschenrechtskommission, Abteilung für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte:
ncolledani@oas.org

Menschenrechtsprogramm des kolumbianischen Präsidenten, Frau Alma Viviana Pérez:
ppdh@presidencia.gov.co

Kolumbianische Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Frau Alicia Victoria Arango Olmos:
mission.colombia@ties.itu.int

Gouverneur des Departments Cesar, Herr Luis Alberto Monsalvo Gnecco:
contactenos@cesar.gov.co

Ombudsstelle des Staates Kolumbien, Herr Jorge Armando Otálora Gómez:
asuntosdefensor@defensoria.org.co

Regionale Ombudsstelle des Departments Cesar, Herr Agustín Alberto Flórez Cuello:
cesar@defensoria.org.co

Bürgermeister der Stadt El Paso, Herr Luis Alberto Murgas:
alcaldiaelpasocesar@gmail.com

Auswärtiges Amt, Menschenrechtsbeauftragter der deutschen Bundesregierung, Herr Markus Löning:
mrhh-b-vz@zentrale.auswaertiges-amt.de

Auswärtiges Amt, Vortragender Legationsrat, Andenstaaten, Herr Johannes Bloos:
332-0@diplo.de

Deutsche Botschaft in Kolumbien, Menschenrechtsbeauftragter, Herr Helge Holleck:
rk-1@bogo.diplo.de

Schweizer Botschaft in Kolumbien, Botschafterin Dora Rapold:
bog.vertretung@eda.admin.ch

Außenministerium der Schweiz, Abteilung Menschenrechte, Botschafter Claude Wild:
pd-ams@eda.admin.ch

Relevante Dokumente:

Resolución 0970 del 20 de mayo del 2010:

<https://dl.dropbox.com/u/7204164/Hatillo/Res0970.pdf>

Resolución 1525 del 5 de agosto del 2010:

<https://dl.dropbox.com/u/7204164/Hatillo/Res1525.pdf>

Resolución 540 del 24 de marzo del 2011:

<https://dl.dropbox.com/u/7204164/Hatillo/Res540.pdf>

Gobernación del Cesar, Secretaria de salud, “Informe de estudio poblacional sobre prevalencia de enfermedades relacionadas con la contaminación ambiental en la vereda El Hatillo – Corregimiento La Loma- Municipio del Paso”, 5-7 de abril del 2011:

<https://dl.dropbox.com/u/7204164/Hatillo/InformeSalud.pdf>

Derecho de Petición de PAS y ASK, enero del 2013

<https://dl.dropbox.com/u/7204164/Hatillo/1301PETICION.pdf>

Comunicado Publico de la Comunidad del Hatillo del 7 de febrero del 2013:

<https://dl.dropbox.com/u/7204164/Hatillo/130207Comunicado.pdf>

Respuesta de la Autoridad Nacional de Licencias Ambientales a PAS/ASK del 8 de febrero del 2013:

<https://dl.dropbox.com/u/7204164/Hatillo/130208ANLA.pdf>

Comunicado Publico de PAS; ASK, CINEP del 8 de febrero del 2013:

<https://dl.dropbox.com/u/7204164/Hatillo/130208Comunicado.pdf>

Comunicado Publico de la Comunidad del Hatillo del 15 de febrero del 2013:

<https://dl.dropbox.com/u/7204164/Hatillo/130215Comunicado.pdf>